

Weitergedacht: Von der Revolution zur Beteiligung in den Therapieberufen

Berufspolitische Herausforderungen für die Therapieberufe

Zu den Therapieberufen, die insbesondere die ambulante Heilmittelversorgung sicherstellen, zählen die Ergotherapie, die Physiotherapie, die Logopädie, die Podologie und die Ernährungstherapie. Diese Berufe standen in den letzten Jahrzehnten vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Niedrige Vergütungen, hohe Arbeitsbelastungen, unzureichende politische Anerkennung und schwierige Arbeitsbedingungen haben die Berufe nachhaltig belastet.

Dies führte dazu, dass trotz der wachsenden Bedeutung der Therapieberufe gerade im Hinblick auf die besonderen Herausforderungen einer alternden und zunehmend bewegungsarmen Informationsgesellschaft, der Bedarf an Fachkräften nicht mehr sichergestellt werden konnte.

Dieser Fachkräfteengpass entstand in der Hauptsache durch veraltete Rahmenbedingungen, die einerseits den Wettbewerb um junge Ausbildungsinteressierte erschwerte und andererseits den Verbleib im Beruf unattraktiv machten.

Bis zum Jahr 2019 mussten die Auszubildenden in diesen Berufen noch regelhaft die finanziellen Lasten der Ausbildung in Form eines Schulgeldes selbst tragen. Eine Ausbildungsvergütung war in der Regel nicht zu erreichen. Die Vergütungen durch die Gesetzliche Krankenversicherung entwickelten sich nur sehr zögerlich.

So gab es in der Physiotherapie und häufiger noch in der Ergotherapie Jahre, in denen es de facto gar keine Erhöhung der Vergütungspreise gab. Erst ab etwa 2013 entsprachen die Abschlüsse in der Physiotherapie weitestgehend der jährlichen Grundlohn-Veränderungsrate¹. In der Ergotherapie lagen die Abschlüsse noch bis 2015 kumuliert unter der Grundlohn-Veränderungsrate (Reinhardt,

1 Die **Grundlohn-Veränderungsrate** in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gibt die prozentuale Veränderung der beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der Krankenkassen an. Sie dient und diente als Maßstab für die Anpassung von Vergütungen im Gesundheitswesen.

2017, S. 57 f.). Dies führte dazu, dass die Gehälter der Therapeut:innen zwischen den Jahren 2002 und 2006 sogar sanken (ebenda, S. 4).

Insgesamt kann man zusammenfassen, dass die Therapieberufe insbesondere in der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und in ihren Möglichkeiten für eine qualitativ hochwertige Versorgung lange Zeit unter dem Radar der politischen Wahrnehmung liefen.

Eine einfache Suche in den Dokumenten des Bundestages liefert beispielsweise vom Ersteintrag (o.D.) bis zum 01.01.2018 für den Suchbegriff „Ergotherapie“ 156 Treffer. Vom Ersteintrag (o.D.) bis zum 14.10.2024 waren es dann 342 Treffer. Seit 2018 hat sich demnach offensichtlich in der politischen Wahrnehmung der Therapieberufe etwas verändert.

Berufspolitische Partizipation: 2018 als Höhepunkt der „Revolution von unten“

Das Jahr 2018 kann man in der Nachschau sicherlich als den Höhepunkt des gemeinschaftlichen berufspolitischen Engagements der Angehörigen der Therapieberufe bezeichnen. Viele kleine Puzzleteile wichtiger Rahmenbedingungen führten nach dem Verständnis der Autoren dieses Beitrags dazu, dass eine große Zahl von Therapeut:innen ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen, aktiv wurden und so letztendlich für Veränderungen sorgten. Im Grunde genommen wurden wir alle Zeugen einer kleinen Erfolgsgeschichte von gelebter Demokratie.

Doch wie so oft geht die Bewegung einer großen Gruppe von dem Engagement Einzelner aus.

2014 gründete sich der Bund vereinter Therapeuten (BvT e. V.), die in der Interessensvertretung andere Wege gehen wollten. Die bisherige Interessensvertretung wurde als Hinterzimmerpolitik wahrgenommen. Der BvT (später umbenannt in Vereinte Therapeuten) trat für eine offensive Demonstrationenkultur und transparente Prozesse in der Selbstverwaltung ein. Natürlich stieß eine solche Ausrichtung nicht nur auf Beifallstürme bei den tradierten Interessensvertretern. Die von den Vereinten Therapeuten bundesweit in verschiedenen Städten veranstalteten Demonstrationen hatten anfangs nur wenige Teilnehmer:innen. Die größte Veranstaltung gelang im Mai 2018 in Köln mit über

4000 Teilnehmenden. Trotz Widerstands reformunwilliger Verbände, die eine Teilnahme an den Demonstrationen ablehnten, gelangt es den Vereinten Therapeuten sozusagen eine Grundlage für eine Demonstrationskultur innerhalb der Therapieberufe zu schaffen.

Therapeut:innen fassten Mut, ihre Anliegen zu formulieren und selbst an ihre Abgeordneten vor Ort heranzutragen. Regionale Stammtische etablierten sich vielerorts, dienten dem Austausch, der Vernetzung und der gegenseitigen Unterstützung bei politischer Arbeit.

In Hamburg machte die Ergotherapeutin Rieke Guhl mit ihrer ‚Kreideaktion‘ von sich reden- (https://www.focus.de/regional/hamburg/hamburg-hamburgerin-schlaegt-alarm-deutschland-droht-der-therapie-notstand_id_10166397.html). An der Aktion beteiligten sich am 25.08.2018 in 244 Städten bundesweit rund 9.000 Therapeutinnen und Therapeuten und schafften so insbesondere in regionalen Medien eine bisher nicht da gewesene Berichterstattung über die Probleme der Therapieberufe.

Diese neue Kultur der Wahrnehmung politischer Interessen bekam Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in seinen regelmäßigen Facebook-Liveauftritten zu spüren. Die Kommentare wurden oftmals von Therapeutinnen und Therapeuten gekapert, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Doch es blieb keineswegs bei Wortmeldungen in den sozialen Medien. Wer in der Zeit zwischen Mai 2018 und Ende 2019 eine Veranstaltung von Herrn Spahn besucht hat, wird festgestellt haben, dass selbst in kleineren Orten immer Therapeut:innen dabei waren, die sich zu Wort gemeldet haben, ihre Probleme schilderten und Reformen einforderten. Die Revolution von unten war für Politiker:innen also auch auf der untersten regionalen Ebene wahrnehmbar.

Die Brandbriefe des Aktionsbündnisses „Therapeuten am Limit“ – Stimmen aus der Praxis

Im Zentrum des Aktionsbündnisses „Therapeuten am Limit“ stand im Jahr 2018 der Frankfurter Physiotherapeut Heiko Schneider. Er schrieb im März 2018 einen Brandbrief an das Bundesgesundheitsministerium in Berlin und an eine Vielzahl von Akteuren und Entscheidern im Gesundheitswesen. Nachdem dieser Brandbrief auf verschiedenen Socialmedia-Kanälen kontrovers

diskutiert wurde, erhielt Schneider Zuspruch von einer Vielzahl von Kolleg:innen, die ebenfalls in Briefen ihre individuelle und teils sehr persönliche Situation beschrieben.

Es hatte den Anschein, dass viele der Therapeut:innen nun eine Chance dafür sahen, dass ihre Stimme gehört wurde. Die Briefe zeigten den immensen Druck innerhalb der Branche. Insgesamt erreichten Schneider und sein Team innerhalb weniger Wochen über eintausend Briefe von Therapeut:innen aus ganz Deutschland, die sehr eindringlich die Probleme der Berufsangehörigen beschrieben und dabei teilweise auch weitergehend die daraus folgenden persönlichen Konsequenzen offen und schonungslos formulierten.

Für das Aktionsbündnis waren diese Briefe Ansporn und Auftrag für die politische Interessenvertretung. Heiko Schneider nahm die Last der Briefe im doppelten Sinn auf sich: Durch die Kenntnis der emotionalen und bewegenden Schilderung einerseits und durch das rein physische Gewicht der beiden prall gefüllten Aktenordner, die er auf seiner Tour von Frankfurt nach Berlin in den Satteltaschen seines Fahrrads transportierte.

Die Tour endete am 6. Juni 2018 vor dem Bundesministerium für Gesundheit in Berlin. Hier sollten die Brandbriefe dem Minister persönlich übergeben werden. Dieser erschien jedoch nicht und schickte noch nicht einmal einen Vertreter aus der Unterabteilung. Die Briefe sollten einfach am Empfang abgegeben werden. Ein solch despektierlicher Umgang mit den Sorgen und Nöten der Therapierenden war natürlich zugleich Legitimation und Ansporn für weitere Proteste. Diese gipfelten dann exakt ein Jahr später in der jetzt als „Tour de Spahn“ nach dem Adressaten benannten Protestfahrt, die sich als Kernthema mit der seit langem überfälligen Schulgeldfreiheit für die Therapieberufe befasste.

Prof. Dr. Heidi Höppner war am 6. Juni 2018 selbst in Berlin beim Ministerium vor Ort. Sie erkannte sofort den besonderen Wert der vielen Brandbriefe, insbesondere weil diese nicht für die Wissenschaft geschrieben waren, sondern ungefiltert und ungeschönt die Stimmen aus der Praxis widerspiegeln – ein sozialwissenschaftlicher Schatz, wie sie betonte. So war es fast unvermeidlich, dass sie spontan zustimmte, eine qualitative Auswertung der Brandbriefe vorzunehmen. Als Co-Autorin konnte Sie Frau Dr. Eva-Maria Beck gewinnen. Die ehrenamtliche und sicher auch emotional teilweise belastende Arbeit der beiden Wissenschaftlerinnen ist seitdem untrennbar mit dem Aktionsbündnis „Therapeuten am Limit“ verbunden.

Waren die Proteste erfolgreich?

Die Proteste erzielten auf verschiedenen Ebenen Erfolge. Kurzfristig führten sie zu konkreten politischen Reaktionen, bereits im November 2018 wurden in Schleswig-Holstein die Weichen für die Schulgeldfreiheit in den Therapieberufen gestellt.

Die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit und die mediale Berichterstattung trugen dazu bei, dass die Bedeutung der therapeutischen Berufe stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein rückte. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn reagierte mit einem ganzen Maßnahmenpaket auf die Proteste der Therapeut:innen. Die Anbindung der Preisentwicklung an die Grundlohnsummenentwicklung wurde aufgehoben, Vertragsverhandlungen werden seit April 2019 bundeseinheitlich, statt inhomogen auf Länderebene, geführt. Dazu wurden die Preise als Ausgangsbasis vorab auf das seinerzeit höchste verhandelte Preisniveau angehoben. Zudem wurde die Blankoverordnung statt in Modellversuche direkt in die Regelversorgung überführt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass bis heute Vertreter:innen tradierter Berufsverbände immer wieder versuchen und versucht haben, die Erfolgsbilanz zu ihren Gunsten umzudeuten. Dabei wäre eine transparente und wertfreie Analyse der Ereignisse unerlässlich für die Verstetigung des Erfolgs gewesen.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen berufspolitischen Partizipation

Am Beispiel der Protestbewegung von „Therapeuten am Limit“ lässt sich eindrücklich verdeutlichen, dass berufspolitische Partizipation für Therapeut:innen unerlässlich ist, um auf ihre Arbeitsbedingungen und ihre Stellung im Gesundheitssystem Einfluss zu nehmen. Die klassischen Partizipationsformen durch altmodische Berufsverbände, haben sich als zu schwach erwiesen, um wirkliche Veränderungen zu bewirken. Der direkte Protest, die unmittelbare berufspolitische Teilhabe, die Brandbriefe und die Nutzung sozialer Medien auch zur Mobilisierung waren daher wichtige neue Ansätze, die in Zukunft weitergedacht werden sollten.

Gleichzeitig zeigt der Verlauf der Proteste, dass Einflussnahme auf berufspolitische Entscheidungen eine kontinuierliche Anstrengung erfordert. Die Poli-